

Die Entführung des Generals Alzate und zweier seiner Begleiter veranlasste Präsident Santos, die Friedensgespräche mit der FARC in Havanna zu unterbrechen.

Am 18.11.2014 gab die FARC in Havanna eine Erklärung zu dem Fall ab. Sie behauptete, es handele sich nicht um eine Entführung, sondern um eine Kriegsgefangenschaft. EL ESPECTADOR online berichtet am 19.11.2014 darüber und über die weiteren Perspektiven:

### **Das Dilemma eines Waffenstillstands**

Was die Zivilgesellschaft erwartet, sind Deeskalierung des Konflikts, Rückgang der Gewalttaten und vertrauensbildende Maßnahmen, welche zu definitiven Vereinbarungen führen, nachdem die FARC die Gefangennahme von Brigadegeneral Rubén Alzate, Unteroffizier Jorge Contreras Rodríguez und der Rechtsanwältin Gloria Urrego im Departement Chocó bestätigt hat. Jedoch führt diese Reduzierung der Gewalt für die Guerrilla nur über eine beiderseitige Feuereinstellung, während diese nach Ansicht der Regierung Santos den Konflikt unabsehbar verlängern würde, denn es habe sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die FARC „solche Atempausen sehr gut für ihre militärische Stärkung genutzt“ habe.

„Der Friedensprozess, dessen Fortschritte Hoffnung auf Versöhnung geweckt haben, darf nicht durch impulsive Entscheidungen gefährdet werden. Zur Bestürzung der ganzen Welt hat die Entscheidung der Regierung, die starrköpfig die Möglichkeit eines bilateralen Waffenstillstands negiert hat, dazu geführt, dass die Möglichkeit zur Deeskalierung nicht genutzt wird. Die Position der Regierung, tagtäglich Dialoge zu führen, während Kämpfe stattfinden, löst wachsendes Unverständnis aus“, verkündete der Guerrillachef alias Rubín Morro, bevor er in Havanna ein Kommuniqué verlas, womit die Guerrillagruppe mitteilte, sie habe „mit Überraschung“ Kenntnis erhalten von der Entscheidung Präsident Santos', die Friedensgespräche wegen der Entführung des hohen Offiziers zu unterbrechen.

Nachfolgend erklärte in einem weiteren Kommuniqué der Block Iván Ríos der FARC, dass er General Alzate und seine beiden Begleiter in seiner Gewalt habe und unter „Befehl zur Umsetzung der Entscheidungen höherer Instanzen“ stehe. In diesem Sinne, ebenfalls von Kuba aus, bot das Delegationsmitglied der FARC Pablo Catatumbo an, „Mechanismen zu schaffen, um dieses Problem zu lösen“. Und er sprach erneut das Thema der Feuereinstellung an: „Dieser Zwischenfall sollte uns Anlass geben, Überlegungen anzustellen hinsichtlich der Notwendigkeit einer beiderseitigen Feuereinstellung, die zu einer ruhigeren Atmosphäre führen würde und dazu, Zwischenfälle wie diesen zu vermeiden, die in einem Krieg vorkommen können“.

Ganz sicher stellt die Gefangennahme von Alzate für die FARC ein außerordentliches Ereignis dar, denn erstmals wurde ein General gefangen genommen, sie erwartet jedoch die Fortsetzung der Gespräche. „In der Erwartung, dass die Inkohärenz auf Seiten der Regierung aufhört, welche fortwährend behauptet, dass die Ereignisse in Kolumbien keinen Einfluss auf den Verhandlungstisch hätten, arbeiten wir in Havanna weiter für den Frieden und sind zur Fortsetzung der Gespräche bereit, wobei wir uns an die Generalvereinbarung von Havanna halten, wonach die Verhandlungen stetig und direkt stattfinden sollen. Wir möchten, dass dieses Hindernis schnellstmöglich überwunden wird, damit der Verhandlungsprozess ohne unangenehme Überraschungen weitergehen und zu einer Schlussvereinbarung führen kann“, führte die Rebellenorganisation weiter aus.

Wie die Dinge nun liegen, erhebt sich die Frage: Ist die Zeit gekommen, die Möglichkeit einer bilateralen Feuereinstellung in Erwägung zu ziehen um zu deeskalieren und mehr Vertrauen zu schaffen? Im Parlament ist dies eine Option, die anscheinend nicht genügend politischen Rückhalt hat. „Es wäre ein fataler Fehler. Es führte dazu, dass ein Teil der Rechten Munition gegen einen anderen Teil erhalte, und ein Waffenstillstand muss der letzte Schritt sein, wenn wir dem Frieden schon sehr nahe sind. In allen möglichen Konflikten fand ein Dialog statt, während noch gekämpft wurde. Aber ich glaube auch, dass mit einer Freilassung des Generals der Friedensprozess gestärkt würde“, erklärte Senator Armando Benedetti der Partei „U“(Partei von Präsident Santos, A.d.Ü.). Für Carlos Fernando Mota von der Partei Cambio Radical war die Gefangennahme kein militärischer Sieg und kam durch Unvorsichtigkeit zustande. „Abgesehen von einem Waffenstillstand müssen Regierung und das ganze Land verlangen, dass die FARC die Entführungen beendet, Attentate auf die

Zivilgesellschaft beendet und dass die Worte des Friedens, die sie in Havanna spricht, in Kolumbien Wirklichkeit werden. Der Staat muss weiterhin die legitimen Interessen der Bürger verteidigen, zumal die FARC nicht die einzige bewaffnete Gruppierung im Land ist und es schon daher unmöglich ist, an eine Feuereinstellung zu denken“, betonte er.

Für Andere, wie den Senator Mauricio Lizcano, der ebenfalls der „U“ angehört, könnte eine bilaterale Feuerpause bedeuten, Kolumbien ein Caguán (gescheiterte Vereinbarung über die Schaffung einer entmilitarisierten Zone, in der die FARC sich frei bewegen konnte, A.d.Ü.) zurückbringen und der Staatsmacht die Möglichkeit entziehen, die FARC zu verfolgen: „Wer würde das Funktionieren eines Waffenstillstands kontrollieren? Mit einer Feuereinstellung würde der Friedenprozess keine Woche überleben. Es ist in Kolumbien schwierig zu ermitteln, wer eine bewaffnete Tat beging, daher wäre die Entscheidung für einen Waffenstillstand ein unverantwortlicher Akt. Man muss der FARC beibringen, dass der Konflikt deeskaliert werden muss“, sagte er.

Aber es gibt auch Einstellungen wie die der „Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen(Movice)“, die der Meinung ist, andauernde Kampfhandlungen während verhandelt wird, schwächen das Vertrauen beider Seiten in den Friedensprozess. „Daher ist ein beiderseitiger Waffenstillstand nötig, der eine Deeskalation möglich macht, und zwar mit effektiven Verifikationsmechanismen und einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Kontrolle“, erklärt die Bewegung in einem Kommuniké. Die Friedensausschüsse des Senats und der Kammer fordern ihrerseits Regierung und FARC auf, „die Gespräche in Havanna schnell wieder aufzunehmen“. Und der Koordinator der UN-Organisationen in Kolumbien, Fabrizio Hochschild, forderte von der FARC die Freilassung der Entführten als eine Geste des Friedens.

Momentan bleibt die Haltung der Regierung unbeweglich und, wie Santos erklärte, „ist die FARC beweispflichtig, und von ihrer Entscheidung hängt es ab, ob der Weg zum Ende des Konflikts und zur Versöhnung weiter gegangen werden kann“. Und mit dieser Entscheidung meint er die Entscheidung über die sofortige Freilassung von Alzate, Contreras und Urrego, ohne die die Unterhändler der Regierung nicht nach Havanna zurückkehren werden. Es sickerte durch, die Vorgehensweise der Freilassung sei festgelegt, obwohl Innenminister Juan F. Cristo die Informationsquellen und Medien zur Besonnenheit angesichts dieses sensiblen Themas aufrief. Unterdessen, wie EL ESPECTADOR erfuhr, arbeiten Vertreter der Garantiestaaten Kuba und Norwegen an einem Ausweg aus der Krise, die genau am 2. Jahrestag des Beginns der Friedensverhandlungen eintrat.